

Call for Papers

Die Deutsche Gesellschaft für Internationales Recht (zuvor: Deutsche Gesellschaft für Völkerrecht) und der Arbeitskreis junger Völkerrechtswissenschaftler/-innen laden zu einer gemeinsamen Tagung unter dem Titel

Demokratie – Wandel – kollektive Sicherheit:

Das Völkerrecht ein Jahr nach dem Umbruch in der arabischen Welt

ein. Die Veranstaltung wird am 23.-24. März 2012 an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf stattfinden.

Der Fokus der Tagung soll auf den Entwicklungen in der arabischen Welt liegen und ihre Bedeutung vor dem Hintergrund tradierter völkerrechtlicher Institute und Grundsätze wie auch ihre Implikationen für die Völkerrechtsordnung insgesamt ausloten. Zu diesem Zweck sind sowohl völkerrechtsdogmatische Beiträge als auch moralphilosophische, rechtspolitische oder politikwissenschaftliche Erörterungen willkommen, etwa mit Bezug zu den folgenden Themenkomplexen:

- Bewertung der Maßnahmen des Sicherheitsrates
- Schutzverantwortung der internationalen Gemeinschaft und Rolle internationaler Organisationen
- Umgang mit autoritären Regimen und ihren Gegnern
- „Regime Change“ und Recht auf Demokratie?
- völkerrechtlicher Individualschutz
- Entwicklungsvölkerrecht, Entwicklungsökonomie

Die Veranstaltung soll Nachwuchswissenschaftler/-innen ebenso wie etablierten Wissenschaftler/-innen ein Forum bieten. Abstracts werden bis zum **15. Oktober 2011** an folgende Adresse erbeten: intlaw@rewi.hu-berlin.de.

Das Abstract sollte 500 Wörter nicht überschreiten und anonymisiert sein. Bitte teilen Sie uns Ihre Kontaktdaten (Name, ggf. Institution, E-Mail-Adresse und Telefonnummer) nur in der E-Mail mit.

Die Reise- und Übernachtungskosten der Referentinnen und Referenten können voraussichtlich übernommen werden.

Aktuelle Informationen erhalten Sie unter:

<http://www.dgfir.de>

Organisationskomitee des AjV: Dr. Helmut Philipp Aust (HU Berlin); Christian Djeffal (HU Berlin); Dr. Jeannine Drohla (Tel Aviv/Berlin); Matthias Goldmann (MPI Heidelberg); Dr. Jana Hertwig (Universität Bochum); Dr. Thomas Kleinlein (Universität Frankfurt/Main); Dr. Christina Knahr (Bundesministerium für Wirtschaft, Jugend und Familie, Wien); Dr. Mehrdad Payandeh (Universität Düsseldorf)